

Ä26 Demokratie verteidigen und weiter entwickeln

Antragsteller*in: Yvonne Plaul (Potsdam-Mittelmark KV)

Änderungsantrag zu L1

Von Zeile 206 bis 209:

Derzeit gibt es in der Kommunalverfassung einen umfangreichen Katalog, zu welchen Themen ein Bürgerentscheid gar nicht erst stattfinden darf. ~~Dieser~~ Wir vertrauen auf die guten Erfahrungen, die viele andere Bundesländer schon mit einer Öffnung der Themen, über die Bürgerinnen und Bürger (auch) direkt entscheiden können gemacht haben. Nur so wird Demokratie vor Ort (er-)lebbar. Wir haben auch Vertrauen in den verantwortungsvollen Umgang der Bürgerinnen und Bürger mit kommunalen Finanzen. Deshalb soll der Negativkatalog ~~muss~~ auf die Bereiche Haushaltssatzung, Pflichtaufgaben nach Weisung und Auftragsangelegenheiten sowie Anträge mit gesetzwidrigem Ziel

Begründung

Unser Ziel muss es sein, Demokratie und Beteiligung erlebbar zu machen und die direkte Demokratie auf "Augenhöhe" zur repräsentativen Demokratie zu bringen. Dann versteht es sich eigentlich von selbst, nicht erst einmal durch einen Negativkatalog die Bürgerinnen und Bürger von vielen Entscheidungen auszuschließen (Mißtrauen), sondern möglichst offen zu sein und Vertrauen gute Entscheidungen haben zu können. Offen bedeutet nicht grenzenlos - es gibt nach wie vor Themen, die dem Kommunalparlament vorbehalten sein sollen, diese werden aber auf das notwendige Maß beschränkt werden.